

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Zweiundzwanzigste Tagung der Konferenz am 12. und 13. Februar 2024 in Brüssel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1	Teilnehmende der deutschen Delegation 3
2	Einführung 3
3	Verlauf der Tagung 3
3.1	Eröffnungssitzung..... 4
3.2	Interparlamentarische Ausschusssitzung für Wirtschaft und Währung (ECON) „Euro@25: Wie geht es weiter mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)? 4
3.2.1	Teil 1 – Austausch mit Wissenschaftlern 4
3.2.2	Teil 2 – Austausch mit politischen Entscheidungsträgern..... 4
3.3	Interparlamentarische Ausschusssitzung für Beschäftigung und Soziales (EMPL)..... 5
3.3.1	Teil 1 – Wie können Sozialinvestitionen angesichts der Reform des Governance-Rahmens und der finanzpolitischen Regeln bestmöglich gefördert werden? 5
3.3.2	Teil 2 – Die Rolle der zunehmenden sozialen Konvergenz angesichts auseinanderlaufender Inflationsraten und Schuldenstände sowie steigender Lebenshaltungskosten 5
3.4	Interparlamentarische Sitzung für Haushalt (BUDG)..... 6
3.4.1	Teil 1 – Lehren aus NextGenerationEU: nationale und EU-Perspektiven hinsichtlich haushaltspolitischer Reaktionen der EU in Krisenzeiten..... 6
3.4.1	Teil 2 – Der Haushalt und die Erweiterungsperspektive – Optionen für eine Reform der Finanz- und Haushaltsmittel und der regulatorischen Ressourcen der EU 6

	Seite
3.5 Plenarsitzung	6
3.5.1 Teil 1 – Strategische Investitionen und Reformen zur Stärkung des Wachstumspotenzials der EU	6
3.5.2 Teil 2 – Der EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen einschließlich Steuerharmonisierung und -vermeidung.....	7

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

An der einundzwanzigsten Tagung der Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordnete **Dr. Ingeborg Gräble** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Sebastian Brehm** (CDU/CSU)

Abgeordneter **Karsten Klein** (FDP)

Abgeordneter **Wolfgang Wiehle** (AfD)

Der Bundesrat war nicht vertreten.

2 Einführung

Die Einrichtung der Konferenz geht auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 zurück. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten – zu denen mittlerweile alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören – zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Darüber hinaus ist in Artikel 13 die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vorgesehen, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gemäß der Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Die erste SWKS-Konferenz fand im Herbst 2013 in Vilnius (Litauen) statt.

Gemäß ihrer Geschäftsordnung, die im November 2015 verabschiedet wurde, soll die Konferenz einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten. Eine weitere Aufgabe ist die Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Zudem legt die Geschäftsordnung fest, dass sich die Delegierten im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel treffen, während die Konferenz im Herbst in demjenigen Land stattfindet, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht derzeit aus zehn festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen. Aufgrund der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat ist regelmäßig mit Delegierten bei der Konferenz vertreten.

3 Verlauf der Tagung

Die diesjährige Europäische Parlamentarische Woche umfasste die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung (SWKS), die Konferenz des Europäischen Parlaments zum Europäischen Semester, Plenarsitzungen sowie interparlamentarische Ausschusssitzungen. Unter dem gemeinsamen Vorsitz des föderalen belgischen Parlaments und des Europäischen Parlaments standen im Rahmen der SWKS-Konferenz drei interparlamentarische Ausschusssitzungen (ECON, EMPL und BUDG) und zwei Plenarsitzungen zu den Themen „Strategische Investitionen und Reformen zur Stärkung des Wachstumspotenzials der EU“ und „Der EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen einschließlich Steuerharmonisierung und -vermeidung“ auf dem Programm.

Die Konferenz wurde von der Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments **Dita Charanzová**, der Präsidentin der belgischen Abgeordnetenversammlung **Eliane Tillieux** und **Mark Demesmaeker**, Vorsitzender des Ausschusses für Querschnittsfragen des belgischen Senats, eröffnet.

Auf der Tagung waren Delegierte aus 26 Mitgliedstaaten der EU und des EP vertreten. Als Beobachter nahmen Abgeordnete aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Montenegro, Serbien, der Türkei, sowie Norwegen teil.

Die Redebeiträge der Konferenz lieferten u. a. **Mairead Mc Guinness**, EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalunion, **Johannes Hahn**, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung sowie **Pierre Wunsch**, Gouverneur der belgischen Zentralbank.

3.1 Eröffnungssitzung

Die Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments **Dita Charanzová**, die Präsidentin der belgischen Abgeordnetenversammlung **Eliane Tillieux** und **Mark Demesmaeker**, Vorsitzender des Ausschusses für Querschnittsfragen des belgischen Senats, eröffneten die Konferenz.

Als Redner traten **Charles Michel**, Präsident des Europäischen Rats und **Valdis Dombrovskis**, Exekutiv Vize-Präsident der Europäischen Kommission, auf.

3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung für Wirtschaft und Währung (ECON) „Euro@25: Wie geht es weiter mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)?“

Den Vorsitz der interparlamentarischen Ausschusssitzung Wirtschaft und Währung übernahmen **Eva Poptcheva**, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments und **Stefaan Van Hecke**, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Verbraucherschutz und die digitale Agenda der belgischen Abgeordnetenversammlung.

3.2.1 Teil 1 – Austausch mit Wissenschaftlern

Lucrezia Reichlin, Mitglied der Expertengruppe für Währungsfragen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) und Professorin für Wirtschaft an der London Business School, ging in ihrer einleitenden Rede auf die verschiedenen Phasen der Währungsunion in den letzten 25 Jahren ein. So lag zwischen 2013 und 2019 die Inflation deutlich unter 2 Prozent. Sie forderte die Schaffung eines europäischen „Safe assets“, eine politische Union als Voraussetzung für eine Fiskalunion sowie die Emittierung von gemeinsamer Verschuldung zur Finanzierung von europäischen öffentlichen Gütern.

In seinen einleitenden Worten analysierte **Daniel Gros**, Mitglied der Expertengruppe für Währungsfragen des ECON-Ausschusses, die großen zyklischen Divergenzen in der Währungsunion bis 2014. Zudem argumentierte er, dass die Deflationstendenzen in der Eurozone überschätzt wurden.

Niels Thygesen, Vorsitzender des Europäischen Fiskalrats, nutzte seinen Einleitungsvortrag für einen Rückblick auf die Ursprünge der Währungsunion und die Überlegungen, die zum Delors-Bericht führten.

MdB **Johannes Schrap**s (SPD) führte in seinem Redebeitrag aus, dass in der EU ein hoher Investitionsbedarf bestehe. Die USA würden mit dem Inflation Reduction Act vormachen, wie man die richtigen Rahmenbedingungen setzen könne. Die aktuell hohen Zinsen belasteten zudem die für die Transformation notwendigen Investitionen. Er begrüßte die Einigung zur Reform der europäischen Fiskalregeln und fragte, ob eine europäische Fiskalkapazität als Verstärkung von NextGenerationEU zu mehr Investitionen auf europäischer Ebene führen könnte.

3.2.2 Teil 2 – Austausch mit politischen Entscheidungsträgern

Mairead Mc Guinness, EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion blickte in ihrem Eingangsstatement auf die Erfolge des Euro in den letzten 25 Jahren zurück. 20 von 27 Mitgliedsstaaten nutzen die gemeinsame Währung, der Euro habe vielfältige Krisen überstanden und rangiert hinter dem US-Dollar auf Rang zwei der globalen Bedeutung. Für die Zukunft forderte sie die Vollendung der Banken- und der Kapitalmarktunion, um die Währungsunion resilienter und krisenfester zu machen. Die Kapitalmarktunion könne durch stärkere private Risikoteilung einen wichtigen Beitrag leisten.

In seinen einleitenden Worten warb **Piero Cipollone**, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, für die Grundprinzipien des Delors-Berichts, um die Währungsunion auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten. Der europäische Binnenmarkt habe durch die Einführung einer gemeinsamen Währung enorm profitiert und an Tiefe und Stärke gewonnen. Er schlug vor, den Europäischen Stabilitätsmechanismus in der nächsten Legislaturperiode in den Rechtsrahmen der EU zu integrieren. Dies könnte dazu beitragen, die derzeitige Pattsituation bei der Ratifizierung des überarbeiteten Europäischen Stabilitätsmechanismus-Vertrags zu überwinden, um die gemeinsame Letztsicherung des einheitlichen Abwicklungsfonds einsatzfähig zu machen. Zur Finanzierung der In-

vestitionen für die digitale und grüne Transformation und zur Bewältigung der gemeinsamen europäischen Herausforderungen forderte er den Beginn einer Diskussion über die Nachfolge des NextGenerationEU-Programms. Dies sei eine Schlüsselfrage für die nächste Europäische Kommission.

Pierre Gramegna, Geschäftsführender Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus, betonte die Bedeutung der Einigung auf eine Reform der europäischen Fiskalregeln am zurückliegenden Wochenende zwischen Rat und Europäischem Parlament. Die Vollendung der Bankenunion (Letztsicherung) und der Kapitalmarktunion seien für ihn weitere wesentliche Bausteine. Der Europäische Stabilitätsmechanismus als „lender of last resort“ trage wesentlich zum Funktionieren der Währungsunion bei.

In der sich anschließenden Debatte mit den Abgeordneten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments standen die Zukunft von NextGenerationEU, die Einigung auf die neuen Fiskalregeln und ihre Auswirkungen sowie die Vollendung der Kapitalmarkt- und Bankenunion im Vordergrund. Viele Rednerinnen und Redner verwiesen auf den großen Investitionsbedarf in der EU, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

3.3 Interparlamentarische Ausschusssitzung für Beschäftigung und Soziales (EMPL)

Der Ausschussvorsitzende **Dragoş Pîslaru** eröffnete die Sitzung gemeinsam mit **Cécile Cornet**, Vorsitzende des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Pensionen der belgischen Abgeordnetenkammer.

3.3.1 Teil 1 – Wie können Sozialinvestitionen angesichts der Reform des Governance-Rahmens und der finanzpolitischen Regeln bestmöglich gefördert werden?

Redebeiträge kamen von **Cinzia Alcidì**, Senior Research Fellow, Zentrum für europapolitische Studien, **Agustín Santos Maraver**, Mitglied des Europaausschusses des spanischen Abgeordnetenhauses und **Anton Mangov**, stellvertretender Referatsleiter Europäisches Semester, Generaldirektor für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration in der Europäische Kommission.

Cinzia Alcidì betonte die Wichtigkeit von Sozialinvestitionen. Die Pandemie habe gezeigt, dass die Gesellschaften resilienter seien, die mehr in die Menschen investiert hätten.

Agustín Santos Maraver war der Meinung, dass die EU ihr Versprechen für ein soziales Europa nicht eingehalten habe und der Wohlfahrtsstaat weiter finanziert werden müsse. Er plädierte für eine Vergemeinschaftung sozialer EU-Projekte und die Weiterführung von NextGenerationEU. **Anton Mangov** wies auf die Einführung der Säule für soziale Rechte hin und dass die soziale Dimension der Aufbau- und Resilienzfazilität 30 Prozent betrage.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Definition von Sozialinvestitionen und der Ermittlung ihrer Rendite auf Basis von Daten. Es bestand Einigkeit, dass es wichtig sei, in menschliches Kapital zu investieren. Weitere Themen waren die Bedeutung der Frauen für den Arbeitsmarkt, Bekämpfung der Altersarmut und häusliche Pflege sowie das Problem der Abwanderung qualifizierter junger Arbeitskräfte aus ärmeren EU-Mitgliedstaaten in reichere.

3.3.2 Teil 2 – Die Rolle der zunehmenden sozialen Konvergenz angesichts auseinanderlaufender Inflationsraten und Schuldenstände sowie steigender Lebenshaltungskosten

Redebeiträge hielten **Enrico Giovannini**, Professor an der Università degli Studi di Roma Tor Vergata, **Wouter Beke**, Mitglied des Ausschusses für Finanzen und Haushalt der belgischen Abgeordnetenkammer, **Barbara Kaufmann**, Direktorin der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration der Europäische Kommission.

Enrico Giovannini war der Meinung, dass aufgrund der vorhergesagten weiteren Schocks, die auf die EU zukämen, die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend seien. Es müsse u.a. die Infrastruktur erneuert und eine soziale Nachhaltigkeit geschaffen sowie eine globalere Perspektive eingenommen werden. **Wouter Beke** stellte die soziale Situation in Belgien vor und verwies darauf, dass sein Land als einziges eine automatische Lohnindexierung mit Inflationsausgleich für die Arbeitnehmer habe.

In der anschließenden Debatte wurden die Themen soziale Nachhaltigkeit, Verminderung von Ungleichheiten (vor allem zwischen Mann und Frau), transformative Resilienz, Bekämpfung von steigenden Energiepreisen und Inflation angesprochen.

3.4 Interparlamentarische Sitzung für Haushalt (BUDG)

Die Sitzung wurde von **Janusz Lewandowski**, erster Vize-Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments und **Marie-Christine Marghem**, Vorsitzende des Finanz und Haushaltsausschusses der belgischen Abgeordnetenversammlung geleitet

3.4.1 Teil 1 – Lehren aus NextGenerationEU: nationale und EU-Perspektiven hinsichtlich haushaltspolitischer Reaktionen der EU in Krisenzeiten

Die erste Sitzung wurde von **Johannes Hahn**, Kommissar für Haushalt und Verwaltung, eingeleitet. Kommissar Hahn erläuterte beispielhaft die Wirkung von NextGenerationEU: 28,7 Terrawatt Energieverbrauch seien eingespart, 5,6 Millionen Haushalte mit schnellem Internet versorgt und 5,7 Millionen junge Menschen und 2 Millionen Unternehmen unterstützt worden. Das Wachstum sei EU-weit um 7,5 Prozent gestiegen und die Arbeitslosigkeit gesunken. Die EU sei in Europa zu einem der größten Anleihe-Emittenten geworden (120-150 Milliarden Euro pro Jahr). Damit Europa weiter wettbewerbsfähig bleibe, müsse die EU einen langfristigen Fokus auf die ökologische und digitale Transformation legen, weitere Reformen ergreifen und flexible Krisenreaktion zeigen. Die Herausforderungen für den nächsten EU-Haushalt seien die geopolitische Lage, der Klimawandel und die Migrationskrise. Die Debatte um die Fortführung von NextGenerationEU müsse geführt werden, Kommissar Hahn sah aber derzeit auf Ebene der Mitgliedstaaten keine Mehrheit hierfür. Die Herausforderung sei, dass man mit dem regulären EU-Haushalt die notwendigen zusätzlichen Investitionen nicht leisten könne. Man brauche eine Debatte in den Mitgliedstaaten, welche politischen Prioritäten es gebe, um dann die Haushaltsmittel zuweisen zu können.

MdB **Ingeborg Gräßle** (CDU) verwies darauf, dass Deutschland bislang circa 6 Mrd. Euro der 26 Mrd. Euro NextGenerationEU Mittel ausgegeben habe und sich die Frage stelle, wie man bis 2026 weitere 20 Mrd. Euro ausgeben solle. Die Implementierung müsse effektiver und effizienter werden. Hier hindere auch das Ausmaß an EU-Regulierung.

3.4.2 Teil 2 – Der Haushalt und die Erweiterungsperspektive – Optionen für eine Reform der Finanz- und Haushaltsmittel und der regulatorischen Ressourcen der EU

Die zweite Sitzung wurde von **Annemie Turtelboom**, Mitglied des Europäischen Rechnungshofs, und **Michael Emerson**, Associate Senior Research Fellow, Zentrum für europapolitische Studien (CEPS), eingeleitet.

Annemie Turtelboom warf in ihrer Einleitung die zentralen Fragen der Diskussion mit Blick auf den Erweiterungsprozess auf: Braucht die EU mehr Haushaltsmittel? Falls ja, woher soll die Finanzierung kommen? Als mögliche Optionen nannte Turtelboom zusätzliche Beiträge der Mitgliedstaaten, erhöhte Mehrwertsteuern in den Mitgliedstaaten oder die Ausweitung der Kreditaufnahme auf den Kapitalmärkten. Nach ihrer Einschätzung habe die EU aber in den Krisen der letzten Jahre ihre finanzielle Resilienz aufgebraucht. **Michael Emerson** diskutierte die Frage, in welchem Ausmaß ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine den EU-Haushalt herausfordern könne. Nach seinen Berechnungen würde die Ukraine, wäre sie bereits heute ein Mitgliedstaat, als Nettoempfänger knapp 19 Milliarden Euro pro Jahr erhalten (und somit etwas über 10 Prozent der EU-Haushaltsmittel). Bedacht werden müsse aber weiterhin, dass bei einem möglichen Beitritt der Ukraine in erst einigen Jahren zahlreiche EU-Mitgliedstaaten aufgrund ihrer steigenden Konvergenz zu Nettozahlern geworden seien und sich damit die Belastungen des EU-Haushalts im Vergleich geringer darstellen würden.

3.5 Plenarsitzung

3.5.1 Teil 1 – Strategische Investitionen und Reformen zur Stärkung des Wachstumspotenzials der EU

Der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments **Othmar Karas** eröffnete die Plenarsitzung und leitete sie fortan gemeinsam mit **Mark Demesmaeker**, Mitglied des belgischen Senats.

Der Gouverneur der belgischen Zentralbank, **Pierre Wunsch**, ging in seinem Einführungsvortrag auf die bisherigen Strategien der EU zur Stärkung des Wachstumspotentials ein. Nach der sog. Lissabon-Strategie folgte die Europa2020-Agenda, der Juncker-Plan im Jahr 2014 und aktuell NextGenerationEU und das Fitfor55-Paket. An Ideen habe es der EU aus Sicht von Wunsch nicht gemangelt, er forderte nun ein Vorgehen nach dem Prinzip „think big, act big“, um international nicht den Anschluss zu verlieren. An dem Satz „USA innovates, China imitates and the EU regulates“ sei ein wahrer Kern. Digitale Champions und günstige Energie finde man in den

USA, China habe Kostenvorteile insbesondere bei grüner Technologie. Es müsse aber auch eine Zukunft für energieintensive Industrien in Europa geben. Dafür müsse mehr investiert und die regulatorische Belastung zurückgefahren werden.

Die sich anschließende Aussprache begann mit Podiumsbeiträgen von **Jean-René Cazeneuve**, Hauptberichterstatter des Finanzausschusses der französischen Assemblée nationale, **Ingeborg Gräßle**, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags, **Céline Gauer**, Generaldirektorin, Leiterin der Task Force für Wirtschaftlichen Aufschwung und Resilienz, und **Jeromin Zettelmeyer**, Direktor des Think Tanks Bruegel.

MdB **Ingeborg Gräßle** (CDU) betonte, dass sich die EU mit einem Vierklang von Krisen auseinandersetzen müsse. Dazu zählten Migration, Integration, Transformation und Rezession. Weiterhin forderte sie die Stärkung und Modernisierung der Verwaltungen, insbesondere in den sogenannten alten Mitgliedstaaten, um eine hinreichende Mittelabsorption sicherzustellen. Die hohen Energiepreise und das Aus des Verbrenner-Motors schadeten dem Automobilstandort Deutschland. Bei neuen Technologien warb sie für einheitliche Standards in der EU.

In der sich anschließenden Debatte sahen einige Abgeordnete NextGenerationEU und die Aufbau- und Resilienzfazilität als positives Beispiel für die Verknüpfung von Investitionen und Reformen auf europäischer Ebene. Zudem wurde das Erfordernis niedrigerer Energiepreise herausgearbeitet. Nahezu einig waren sich die Diskussionssteilnehmer in dem hohen Investitionsbedarf in Europa. Dafür müssten nicht nur öffentliche, sondern insbesondere auch private Investitionen mobilisiert werden. Neben einem gemeinsamen EU-Energiemarkt sprachen sich einige Parlamentarier für einen höheren Mehrjährigen Finanzrahmen und zusätzliche Eigenmittel aus.

MdB **Johannes Schraps** (SPD) sah ebenfalls einen hohen Reform- und Investitionsbedarf. Man dürfe jedoch die Transformationsanstrengungen und ihre Folgen nicht schlechtreden. Die EU sei immer dann stark gewesen, wenn Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bestanden habe. Daher müsse es Investitionsmöglichkeiten für alle Mitgliedstaaten geben und nicht nur für diejenigen, die ausreichend fiskalische Spielräume haben. Öffentliche und private Investitionen müssten Hand in Hand gehen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

3.5.2 Teil 2 – Der EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen einschließlich Steuerharmonisierung und -vermeidung

Dita Charanzová, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, eröffnete die Sitzung und leitete sie gemeinsam mit **Marie Lecocq**, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und allgemeine Angelegenheiten des Brüsseler Regionalparlaments.

Vizepräsidentin Charanzová führte eingangs kurz aus, dass der Binnenmarkt die Grundlage sein müsse, um die Resilienz der EU auf verschiedenen Ebenen zu stärken. Grenzübergreifende Steuervereinfachung und –harmonisierung seien notwendig, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

Vincent Van Peteghem, belgischer Finanzminister und derzeit Vorsitzender des Rats Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), betonte in seiner einführenden Rede, dass die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüße. Deshalb sei eine Stärkung des Binnenmarkts von Bedeutung. Hierzu gehöre auch mehr gemeinsame Finanzierung und Investitionen, wofür man die Notwendigkeit von Eurobonds diskutieren müsse. Zudem gelte es, die Banken- und Kapitalmarktunion zu stärken und mit Hilfe von Steuerharmonisierung Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion benannte **Christian Leysen**, Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Umwelt und Klima der belgischen Abgeordnetenversammlung, als Hauptprobleme für den EU-Binnenmarkt Überregulierung, Haushalts- und Ausgabenkontrolle, Subventionsabbau und Reduzierung der Steuerlast. **Zoltán Vajda**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des ungarischen Parlaments, lenkte die Aufmerksamkeit des Plenums auf die Tatsache, dass Ungarn die globale Mindeststeuer von 15 Prozent nicht umsetze. Dies erfordere eine Prüfung durch die EU. **Paul Tang**, Vorsitzender des Unterausschusses für Steuerfragen des Europäischen Parlaments, betonte die Notwendigkeit von Investitionen angesichts der Herausforderungen (Demographie, Verteidigungsfähigkeit und Nachhaltigkeit) vor denen Europa stehe. Öffentliche und private Investitionen ließen sich nicht durch Steuerhöhung, sondern eine Steigerung der Steuereffizienz erreichen und derart auch Steuerhinterziehung reduzieren.

Berlin, 10. April 2024

Johannes Schraps
Delegationsleiter

